

Aus: **Ausgabe vom 24.03.2017**, Seite 1 / Titel

# Eure Armut find' ich krass

## Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) stellt Auszüge des Armuts- und Reichtumsberichts vor

Von *Simon Zeise*



Foto: Daniel Karmann/dpa

Die Regierung schiebt die Mehrheit der Bevölkerung aufs Abstellgleis. Das ist die zentrale Botschaft, die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) am Donnerstag in Berlin vermittelte. Dort stellte sie Auszüge aus dem fünften Armuts- und Reichtumsbericht vor, der so mit dem Kanzleramt abgestimmt sei, aber noch in den anderen Ministerien beraten werden müsse, bevor er im Bundestag zur Diskussion gestellt werde.

»Dieser Befund ist echt krass«, sagte Nahles. Das Versprechen »Arbeit lohnt sich, und Aufstieg ist für alle möglich« gelte nicht mehr. Es gebe eine »verfestigte Ungleichheit bei den Vermögen«. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besäßen mehr als die Hälfte des gesamten Nettovermögens, die untere Hälfte nur ein Prozent. Großer Reichtum beruhe oft nicht auf eigener Leistung. So basiere bei zwei von drei Reichen das Vermögen auf Erbschaften oder Schenkungen. »Je weniger aber Reichtum mit eigener Leistung zu tun hat, um so mehr stellt sich die Frage nach Gerechtigkeit.« Sprach die Ministerin und tat so,

als ob sie kein Wässerchen trüben könne. Zur Erinnerung: Die große Koalition hat eine Erbschaftssteuerreform zur Förderung der Superreichen beschlossen. Schätzungen des Deutschen Instituts der Wirtschaft zufolge werden dadurch jährlich sieben bis acht Milliarden Euro am Fiskus vorbeigeschleust – Geld, das für Soziales fehlt. Der Armutsforscher Christoph Butterwegge erklärte gegenüber *jW*: »Der Bericht ist darauf angelegt zu verharmlosen.« Die Bundesregierung breche Vorgaben des Bundestages, wonach der Armuts- und Reichtumsbericht zur Hälfte der Legislatur vorgestellt werden müsse. »Das war vor eineinhalb Jahren.« Das Kanzleramt habe insistiert, erinnerte Butterwegge, dass der Passus »Krise der Repräsentation« gestrichen werde. Nun heißt es im Bericht: »Die politische Beteiligung bis hin zur Teilnahme an Wahlen ist bei Menschen mit geringem Einkommen deutlich geringer und hat in den vergangenen Jahrzehnten stärker abgenommen als bei Personen mit höherem Einkommen und der Mittelschicht.«

Alles zu verschleiern war Nahles nicht möglich. So listet der Bericht auf, dass die Bruttolöhne der obersten 60 Prozent der Beschäftigten seit Mitte der 90er Jahre real angestiegen sind, die Löhne der unteren 40 Prozent der Beschäftigten dagegen seien real gefallen. In einigen Branchen wie im Transport oder Einzelhandel stagnierten die Löhne auf niedrigem Niveau. Möglich gemacht hat das Nahles' SPD: Durch die Hartz-IV-Gesetze wurde ein Niedriglohnsektor geschaffen, auf den die große Koalition den Daumen hält – einmal dort gelandet, gibt es kaum noch eine Chance heraus. Zwei Millionen Kinder sind laut dem Bericht armutsgefährdet, weil kein Elternteil erwerbstätig ist oder ein Alleinverdiener nur in Teilzeit arbeitet. Das Armutsrisiko von Kindern liegt bei 64 Prozent, wenn kein Elternteil arbeitet. Der Anteil der von Armut bedrohten Menschen habe sich in den vergangenen Jahren nicht verringert.

Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Sabine Zimmermann, kommentierte Nahles' Befund am Donnerstag. Zu viele Menschen würden »von dem gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen, den sie geschaffen haben«. Es sei »völlig inakzeptabel«, dass der Bundesregierung »die soziale Realität im Land zwar bekannt ist, sie aber keine entschiedenen Maßnahmen ergreift, um daran etwas zu ändern«. Butterwegge ergänzte, dass der Bericht nun langsam das Licht der Öffentlichkeit erblicke, habe eine gute Seite: Immerhin werde Armut im Wahlkampf thematisiert.